

Niederschrift

über die 4. Sitzung des Kreisausschusses am Mittwoch, dem 23.06.2010 im großen Sitzungssaal des Kreishauses I, Friedrich-Ebert-Straße 7, 48653 Coesfeld

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 17:55 Uhr

Anwesenheit:

Vorsitzender

Landrat Püning, Konrad

CDU-Kreistagsfraktion

Egger, Hans-Peter  
Kleerbaum, Klaus-Viktor  
Schulze Eskin, Werner  
Suntrup, Gottfried  
Terwort, Heinrich  
Voß, Bruno Prof. Dr.  
Willms, Anna Maria

SPD-Kreistagsfraktion

Bednarz, Waltraud  
Havermeier, Susanne Vertretung für Herrn André Stinka  
Hellwig, Irene Vertretung für Frau Margarete Schäpers  
Lonz, Lambert

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreistagsfraktion

Kohaus, Stefan Vertretung für Frau Anneliese Pieper  
Vogelpohl, Norbert

FDP-Kreistagsfraktion

Stauff, Gerhard

VWG-Kreistagsfraktion

Hesse, Uwe

Verwaltung

Gilbeau, Joachim L.  
Schütt, Detlef  
Böwing, Willi  
Foppe, Johannes-Gerhard Dr.  
Brockkötter, Ulrike  
Eyinck, Norbert  
Krämer, Julia  
Vöcking, Ulrich  
Heuermann, Wolfgang(Schritfführer)

Landrat Püning eröffnet die Sitzung mit Grußworten an die Mitglieder des Kreisausschusses, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Zuhörer.

Gem. § 5 der GeschO stellt Landrat Püning sodann fest, dass der Kreisausschuss

- a) gem. § 1 (1) GeschO ordnungsgemäß geladen und
- b) gem. § 52 Absatz 2 KrO beschlussfähig ist.

Hiernach führt Landrat Püning aus, dass der Ktabg. Schulze Zumkley nicht an der Sitzung teilnehmen kann. Ferner sei im Nachgang zur Einladung die Tagesordnung mit Schreiben vom 16.06.2010 um den TOP 20 im öffentlichen Teil „3. Fortschreibung Frauenförderplan und Bericht über die Personalentwicklung“ ergänzt worden. Die dazugehörige SV-8-0225 und die SV-8-0186 „Prüfung des Entwurfs des Jahresabschlusses 2008“ waren diesem Schreiben beigelegt.

Er verweist ferner auf die folgenden Tischvorlagen:

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zur Erarbeitung einer Resolution zum Thema „Rentenversicherungsbeiträge für SGB II-Bezieher/innen“ vom 18.06.2010 zum TOP 17 ö.T. ,

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.06.2010 zum TOP 4 ö.T. „1. Änderung des Landesentwicklungsplanes Nordrhein-Westfalen – Energieversorgung“,

SV-8-0228, Umsetzung des Konjunkturpaketes II beim Kreis Coesfeld- Änderung einer Maßnahme am Oswald-von-Nell-Breuning-Berufskolleg,

SV-8-0204, Antrag der SPD-Fraktion im Kreistag vom 02.06.2010,

SV-8-0165/1, Direktvergabe von ÖPNV-Leistungen an die Regionalverkehr Münsterland GmbH (TOP 3 nicht öffentlicher Teil) sowie

die Übersicht über die Beschlussempfehlungen der Ausschüsse.

Die weitere Beratung der SV-8-0204 sei für die kommende Kreistagssitzung vorgesehen.

Um die Sitzungsvorlage 8-0228 beraten zu können, sei zunächst die Erweiterung der Tagesordnung durch Beschluss des Kreisausschusses nach § 2 Abs. 3 der Geschäftsordnung wegen äußerster Dringlichkeit und Unaufschiebbarkeit notwendig.

Des Weiteren führten aktuelle Entwicklungen im ÖPNV dazu, dass die Sitzungsvorlage 8-0142 „Direktvergabe von ÖPNV-Leistungen an die RVM GmbH“ (TOP 11 ö.T.) und die Sitzungsvorlage 8-166 „Kauf der Verkehrsbetrieb Kipp GmbH“ (TOP 4 nicht öffentlicher Teil) aktuell nicht zur weiteren Beratung anstehen.

Gegen die vorgeschlagenen Änderungen der Tagesordnung werden keine Bedenken geäußert.

Es wird sodann nach folgender Tagesordnung beraten und beschlossen:

#### Tagesordnung:

#### Öffentlicher Teil

- 1 Bestellung einer Prüferin im Rechnungsprüfungsamt  
Vorlage: SV-8-0179

- 2 Genehmigung von Dienstreisen  
Vorlage: SV-8-0213
- 3 Neuberufung der Mitglieder des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit Coesfeld für die Gruppe der öffentlichen Körperschaften für die 12. Amtszeit ab 01.07.2010  
Vorlage: SV-8-0141
- 4 1. Änderung des Landesentwicklungsplanes Nordrhein-Westfalen - Energieversorgung  
Vorlage: SV-8-0195
- 5 Bedarfsplan für den Rettungsdienst: Fünfte Fortschreibung 2010  
Vorlage: SV-8-0184
- 6 Personal- und Qualitätsentwicklung im Jugendamt - Umsetzung der Beschlüsse des Kreistages vom 24.06.2009  
Vorlage: SV-8-0146/1
- 7 Anträge der Kath. Kirchengemeinden St. Nikolaus Rosendahl-Darfeld und St. Nikolaus Rosendahl-Holtwick auf Zuwendungen zu den Kosten der Dachsanierungen an den Kath. Kindergärten St. Nikolaus, Rosendahl-Darfeld und St. Nikolaus Rosendahl-Holtwick  
Vorlage: SV-8-0086
- 8 Frühe Hilfen für Schwangere und "junge" Familien" - Vernetzung und Einrichtung sozialpädagogischer und sozialmedizinischer Beratungs- und Unterstützungsangebote hier: Hebammen im Familieneinsatz (2. Projekterprobungsphase)  
Vorlage: SV-8-0149
- 9 Umsetzung des SGB II im Kreis Coesfeld; Eingliederungsbudget 2010  
Vorlage: SV-8-0172
- 10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verwendung von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit  
Vorlage: SV-8-0207
- 11 Baubeschluss zur Abwicklung von Straßenbaumaßnahmen  
Vorlage: SV-8-0189
- 12 Rechnungsprüfungsordnung  
Vorlage: SV-8-0175
- 13 Prüfung des Entwurfs des Jahresabschlusses 2008  
Vorlage: SV-8-0186
- 14 Änderung der Allgemeinen Gebührensatzung des Kreises Coesfeld  
Vorlage: SV-8-0170
- 15 Anzeige- und Genehmigungsverfahren der Haushaltssatzung 2010 gem. § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 80 Abs. 5 S. 1 GO NRW und § 56 Abs. 3 S. 2 KrO NRW  
Vorlage: SV-8-0188
- 16 Bericht zur Haushaltsausführung - Stand 30.04.2010  
Vorlage: SV-8-0198

- 17 Verwendung von eventuell zu erwartenden außerplanmäßigen Erträgen und Einzahlungen  
Vorlage: SV-8-0192
- 18 Aufhebung eines Sperrvermerks für eine Maßnahme nach dem Investitionsförderungsgesetz NRW (Konjunkturpaket II)  
Vorlage: SV-8-0157
- 19 3. Fortschreibung Frauenförderplan und Bericht über die Personalentwicklung  
Vorlage: SV-8-0225
- 20 Umsetzung des Konjunkturpaketes II beim Kreis Coesfeld - Änderung einer Maßnahme am Oswald-von-Nell-Breuning-Berufskolleg  
Vorlage: SV-8-0228
- 21 Mitteilungen des Landrats
- 22 Anfragen der Ausschussmitglieder

#### Nichtöffentlicher Teil

- 1 Beförderung eines Beamten  
Vorlage: SV-8-0151
- 2 Ernennung des Kreisbrandmeisters sowie Ernennung eines Stellvertreters des Kreisbrandmeisters  
Vorlage: SV-8-0156
- 3 Direktvergabe von ÖPNV-Leistungen an die Regionalverkehr Münsterland GmbH  
Vorlage: SV-8-0165/1
- 4 Umstrukturierung der WVG-Gruppe  
Vorlage: SV-8-0169
- 5 Mitteilungen des Landrats
- 6 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 7 Presseveröffentlichungen

Anfragen der Ausschussmitglieder im öffentlichen Teil erfolgten nicht.

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t  
über die 4. Sitzung des  
Kreisausschusses  
am 23.06.2010  
TOP 1 öffentlicher Teil  
SV-8-0179

### **Bestellung einer Prüferin im Rechnungsprüfungsamt**

#### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

Frau Elisabeth Gerdes wird mit Wirkung vom 01.07.2010 zur Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes bestellt.

Form der Abstimmung:           offen per Handzeichen  
Abstimmungsergebnis:        einstimmig

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t  
über die 4. Sitzung des  
Kreisausschusses  
am 23.06.2010  
TOP 2 öffentlicher Teil  
SV-8-0213

### **Genehmigung von Dienstreisen**

Ktabg. Kleerbaum spricht sich dafür aus, möglichst allen interessierten Gremienmitgliedern die Teilnahme zu ermöglichen. Landrat Püning lässt, nach dem AL Dr. Foppe auf Nachfrage mitteilt, dass die Meldungen über eine Teilnahme bis spätestens nächste Woche Mittwoch, 30.06.2010, bei Herrn Vöcking vorliegen sollten, damit diese an Frau Voss-Werland, WBC, weitergeleitet werden können, über einen ergänzten Beschlussvorschlag abstimmen.

### **Beschluss:**

Allen Gremienmitgliedern, die an der von der WBC am 08.07.2010 vorgesehenen Besichtigungsfahrt zu den Anlagen im Kreis Minden (Pohl'sche Heide) und Kreis Warendorf (Enningerloh) teilnehmen möchten, wird die Teilnahme als Dienstreise genehmigt.

Form der Abstimmung:           offen per Handzeichen  
Abstimmungsergebnis:        einstimmig

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t  
über die 4. Sitzung des  
Kreisausschusses  
am 23.06.2010  
TOP 3 öffentlicher Teil  
SV-8-0141

**Neuberufung der Mitglieder des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit Coesfeld für die Gruppe der öffentlichen Körperschaften für die 12. Amtszeit ab 01.07.2010**

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

Die Bezirksregierung Münster wird gebeten, dem Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit vorzuschlagen,

Herrn Ltd. Kreisrechtsdirektor Detlef Schütt und  
Frau Bürgermeisterin Marion Dirks

zu Mitgliedern des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit Coesfeld zu berufen.

Form der Abstimmung:           offen per Handzeichen  
Abstimmungsergebnis:        einstimmig

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t  
über die 4. Sitzung des  
Kreisausschusses  
am 23.06.2010  
TOP 4 öffentlicher Teil  
SV-8-0195

### **1. Änderung des Landesentwicklungsplanes Nordrhein-Westfalen - Energieversorgung**

Ktabg. Vogelpohl führt zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus, dass der Klimaschutz jeden angeht und das man, wenn man schon gefragt wird, eine Antwort abgeben soll.

Landrat Püning erinnert, dass in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung eine Sachberatung in der kommenden Kreistagssitzung vorgeschlagen wurde.

Ktabg. Vogelpohl erklärt sich mit einer Sachberatung im Kreistag einverstanden.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t  
über die 4. Sitzung des  
Kreisausschusses  
am 23.06.2010  
TOP 5 öffentlicher Teil  
SV-8-0184

## **Bedarfsplan für den Rettungsdienst: Fünfte Fortschreibung 2010**

### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

1. Die im Entwurf des Bedarfsplans aufgezeigten Standards sind angemessen und erforderlich, um einen flächendeckenden und bedarfsgerechten Rettungsdienst im Kreis Coesfeld zu gewährleisten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage dieses Entwurfs des Bedarfsplans das Beteiligungsverfahren durchzuführen.

Form der Abstimmung:           offen per Handzeichen  
Abstimmungsergebnis:        einstimmig

### **Anmerkung:**

Der Entwurf des Bedarfsplans wurde zusammen mit der Sitzungsvorlage allen Kreistagsabgeordneten übersandt. Er wird daher nur noch dem Original dieser Niederschrift beigelegt.

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t  
über die 4. Sitzung des  
Kreisausschusses  
am 23.06.2010  
TOP 6 öffentlicher Teil  
SV-8-0146/1

**Personal- und Qualitätsentwicklung im Jugendamt - Umsetzung der Beschlüsse des Kreistages vom 24.06.2009**

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

Die derzeitige Stellenausstattung des Jugendamtes ist erforderlich, um eine den gesetzlichen Anforderungen entsprechende Aufgabenwahrnehmung gewährleisten zu können. Daher werden die bis Ende 2010 befristet eingerichteten Projektmaßnahmen im Umfang von 4,8 Stellen bis zum 31.12.2011 fortgeführt.

Form der Abstimmung:           offen per Handzeichen  
Abstimmungsergebnis:        einstimmig

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t  
über die 4. Sitzung des  
Kreisausschusses  
am 23.06.2010  
TOP 7 öffentlicher Teil  
SV-8-0086

**Anträge der Kath. Kirchengemeinden St. Nikolaus Rosendahl-Darfeld und St. Nikolaus Rosendahl-Holtwick auf Zuwendungen zu den Kosten der Dachsanierungen an den Kath. Kindergärten St. Nikolaus, Rosendahl-Darfeld und St. Nikolaus Rosendahl-Holtwick**

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

Eine freiwillige finanzielle Förderung über Kreismittel zu Sanierungskosten von Gebäuden der Kindertageseinrichtungen erfolgt nicht.

Form der Abstimmung:           offen per Handzeichen  
Abstimmungsergebnis:        einstimmig

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t  
über die 4. Sitzung des  
Kreisausschusses  
am 23.06.2010  
TOP 8 öffentlicher Teil  
SV-8-0149

**Frühe Hilfen für Schwangere und "junge" Familien" - Vernetzung und Einrichtung sozialpädagogischer und sozialmedizinischer Beratungs- und Unterstützungsangebote hier: Hebammen im Familieneinsatz (2. Projekterprobungsphase)**

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

1. Der Bericht der Verwaltung zur Evaluation des Kooperationsprojektes „Hebammen im Familieneinsatz“ vom 01.Juli 2009 bis zum 30.Juni 2010 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Kreistag stimmt der Fortsetzung des Projektes „Hebammen im Familieneinsatz“ bis Ende 2012 zu.
3. Die Verwaltung des Jugendamtes wird beauftragt, die Kooperation mit den Hebammen des Kreisverbandes Coesfeld fortzusetzen und das Projekt kreisweit im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel wie folgt auszubauen:
  - a) Die bestehenden zwei Hebammenteams (mit jeweils zwei Hebammen) in Ascheberg und Senden werden fest eingerichtet und versorgen das südliche Kreisgebiet mit den Kommunen Lüdinghausen, Olfen, Senden, Nordkirchen und Ascheberg;
  - b) Für den Nordkreis ist ein drittes Hebammenteam (mit zwei Hebammen) zur Versorgung der Kommunen Havixbeck, Billerbeck, Rosendahl und Nottuln zusammen zu stellen, zu qualifizieren und nach gleichen Vorgaben zu betreuen und zu verpflichten.

Form der Abstimmung:  
Abstimmungsergebnis:

offen per Handzeichen  
einstimmig

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t  
über die 4. Sitzung des  
Kreisausschusses  
am 23.06.2010  
TOP 9 öffentlicher Teil  
SV-8-0172

### **Umsetzung des SGB II im Kreis Coesfeld; Eingliederungsbudget 2010**

Landrat Püning weist auf die heutige Sitzung der Arbeitsmarktkonferenz hin, in der der Verwendung einhellig zugestimmt wurde.

#### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

Die Bundesmittel für die berufliche Eingliederung in Höhe von 6.104.200,00 € werden im Jahre 2010 wie folgt auf die Teilbudgets aufgeteilt:

I.) Eingliederungsleistungen aus dem Vermittlungsbudget:	259.280,00 €	4,25%
II.) Maßnahmen zur Aktivierung und berufl. Eingliederung:	3.125.000,00 €	51,19%
III.) Leistungen zur beruflichen Eingliederung:	1.425.000,00 €	23,35%
IV.) Bildungsgutscheine:	300.000,00 €	4,91%
V.) JobPerspektive § 16e SGB II:	645.000,00 €	10,57%
VI.) Sonderprogramm Perspektive 50plus:	205.000,00 €	3,36%
VII.) Freie Förderung:	144.920,00 €	2,37%

Eine Anpassung der Teilbudgets durch die Verwaltung ist nach Beratung in der Arbeitsmarktkonferenz möglich.

Form der Abstimmung:           offen per Handzeichen  
Abstimmungsergebnis:        einstimmig

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t  
über die 4. Sitzung des  
Kreisausschusses  
am 23.06.2010  
TOP 10 öffentlicher Teil  
SV-8-0207

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verwendung von Produkten aus  
ausbeuterischer Kinderarbeit**

Auf die Frage der Ktabg. Havermeier, wie sichergestellt wird, dass die Regelungen eingehalten werden, teilt Landrat Püning mit, dass dies – wie im Erlass vorgegeben – durch eine Selbsterklärung bzw. durch Zertifikate erfolgen soll. Dies geschehe in einer globalisierten Welt nach bestem Wissen und Gewissen. Der Kreis Coesfeld werde zukünftig die Regelungen des Landes anwenden. Mit diesem sachgerechten Umgang mit diesem Thema könne ein hohes Maß an Sicherheit erlangt werden, eine absolute Sicherheit könne angesichts der weltweiten Vertriebswege nicht gewährleistet werden. Wenn alle öffentlichen Auftraggeber diese Regelungen anwendeten, werde ein gewisser Druck aufgebaut.

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t  
über die 4. Sitzung des  
Kreisausschusses  
am 23.06.2010  
TOP 11 öffentlicher Teil  
SV-8-0189

## **Baubeschluss zur Abwicklung von Straßenbaumaßnahmen**

### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Realisierung nachfolgender Bauvorhaben notwendigen Maßnahmen durchzuführen.

- a) Ausbau eines 2,6 km langen Streckenabschnitts der K 13/K 38 in Billerbeck
- b) Ausbau eines 1,5 km langen Streckenabschnitts der K 42/AN 3 in Billerbeck
- c) Deckenerneuerung eines 2,0 km langen Streckenabschnitts der K 48/AN 4 in Coesfeld-Lette
- d) Bau eines 700 m langen Radweges an der K 3/AN 1 in Nordkirchen
- e) Grunderneuerung eines 450 m langen innerörtlichen Streckenabschnitts der K 11/AN 1 in Dülmen-Buldern
- f) Grunderneuerung eines 780 m langen innerörtlichen Streckenabschnitts der K 56/AN 4 in Ascheberg-Herbern

Die Zustimmung für die unter d), e) und f) aufgeführten Maßnahmen erfolgt mit der Maßgabe, dass eine Auftragsvergabe erst erfolgen darf, wenn die angekündigten Bewilligungsbescheide vorliegen.

Form der Abstimmung:           offen per Handzeichen  
Abstimmungsergebnis:        einstimmig

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t  
über die 4. Sitzung des  
Kreisausschusses  
am 23.06.2010  
TOP 12 öffentlicher Teil  
SV-8-0175

## **Rechnungsprüfungsordnung**

### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

Die als Anlage beigefügte geänderte Rechnungsprüfungsordnung für den Kreis Coesfeld wird beschlossen.

Form der Abstimmung:           offen per Handzeichen  
Abstimmungsergebnis:        einstimmig

### **Anmerkung:**

Die Rechnungsprüfungsordnung wurde zusammen mit der Sitzungsvorlage allen Kreistagsabgeordneten übersandt. Sie wird daher nur noch dem Original dieser Niederschrift beigefügt.

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t  
über die 4. Sitzung des  
Kreisausschusses  
am 23.06.2010  
TOP 13 öffentlicher Teil  
SV-8-0186

### **Prüfung des Entwurfs des Jahresabschlusses 2008**

Landrat Püning weist eingangs der Beratung darauf hin, dass der Kreis und die Gemeinden – wie auch in den Fachausschusssitzungen bereits wiederholt vorgetragen – die buchhalterische Behandlung der Jugendamtsumlage anders als die Aufsichtsbehörde beurteilt. Der Ausgang des angestrebten Klärungsverfahrens sei ungewiss und die Angelegenheit noch nicht ausgestanden.

### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag nimmt den „Bericht über die Prüfung des Entwurfs des Jahresabschlusses zum 31.12.2008 und des Lageberichtes des Kreises Coesfeld für das Haushaltsjahr 2008“ zur Kenntnis.
2. Der Kreistag stellt den vom Rechnungsprüfungsausschuss testierten Jahresabschluss des Kreises Coesfeld für das Haushaltsjahr 2008 in der Fassung vom 28.05.2010 mit einer **Bilanzsumme von 308.922.971,48 Euro** und einem **Jahresüberschuss von 4.897.601,88 Euro** fest.
3. Der Kreistag erteilt dem Landrat für den Jahresabschluss 2008 gem. § 53 Abs. 1 KrO NRW i.V.m. § 96 GO NRW die Entlastung.
4. Der Kreistag beschließt, dass der Jahresüberschuss 2008 in Höhe von 4.897.601,88 Euro dem Eigenkapital, hier der allgemeinen Rücklage, zugeführt wird.

Form der Abstimmung:           offen per Handzeichen  
Abstimmungsergebnis:        einstimmig

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t  
über die 4. Sitzung des  
Kreisausschusses  
am 23.06.2010  
TOP 14 öffentlicher Teil  
SV-8-0170

## **Änderung der Allgemeinen Gebührensatzung des Kreises Coesfeld**

### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

Die im Entwurf als Anlage beigefügte allgemeine Gebührensatzung des Kreises Coesfeld vom 11.03.2009 in der Fassung der I. Änderungssatzung vom 30.06.2010 einschließlich des Gebührentarifs zu dieser Satzung wird beschlossen.

Form der Abstimmung:           offen per Handzeichen  
Abstimmungsergebnis:        einstimmig

### **Anmerkung:**

Der Entwurf der allgemeinen Gebührensatzung wurde zusammen mit der Sitzungsvorlage allen Kreistagsabgeordneten übersandt. Er wird daher nur noch dem Original dieser Niederschrift beigefügt.

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t  
über die 4. Sitzung des  
Kreisausschusses  
am 23.06.2010  
TOP 15 öffentlicher Teil  
SV-8-0188

**Anzeige- und Genehmigungsverfahren der Haushaltssatzung 2010 gem. § 53 Abs. 1  
KrO NRW i. V. m. § 80 Abs. 5 S. 1 GO NRW und § 56 Abs. 3 S. 2 KrO NRW**

Die Sitzungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t  
über die 4. Sitzung des  
Kreisausschusses  
am 23.06.2010  
TOP 16 öffentlicher Teil  
SV-8-0198

### **Bericht zur Haushaltsausführung - Stand 30.04.2010**

Eingangs der Beratung weist Landrat Püning auf den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion hin.

Ktabg. Havermeier erläutert kurz den Antrag ihrer Fraktion und erinnert an die Haushaltsberatungen im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Senioren und Gesundheit und die Überlegungen, welche Einflussmöglichkeiten der Kreis bzw. die Kreispolitik hinsichtlich der Anzahl der Leistungsempfänger hat. Durch die vom Bund beabsichtigte Nichtübernahme der Rentenbeiträge senke dieser seine Belastungen und belaste damit die Kommunen. Des Weiteren werde ein falsches Signal an die Leistungsbezieher gesendet, dass man eigentlich davon ausgeht, dass Arbeitslose keine Arbeitsstelle mehr bekommen und gleich in die Sozialhilfebedürftigkeit wechseln.

Angesichts dieser Situation wolle man die Verwaltung darum bitten, einen Resolutionsentwurf zu verfassen und vorzulegen.

Ktabg. Kleebaum hinterfragt den Sinn kurzfristig vorgelegter Anträge. Ferner beurteilt er grundsätzlich die Auswirkungen bzw. den Erfolg von Resolutionen eher zurückhaltend. Der Antrag sei in seiner Fraktion noch nicht besprochen, daher sei beabsichtigt und vereinbart, diesen zur Beratung und Entscheidung in den Kreistag zu „schieben“. Dies entspreche einer guten demokratischen Gepflogenheit, einen Antrag nicht einfach abzulehnen. Gleichwohl prognostiziere er, dass einer antragsgemäßen Resolution wohl eher nicht zugestimmt werden könne.

Er äußert an die SPD die Bitte, angesichts der Tatsache, dass der Bund bereits vor vier Wochen diese Entscheidung angekündigt habe, Anträge früher zu stellen. Er bittet ebenfalls die GRÜNEN, Anträge etc. frühzeitiger zu übersenden. Für eine erforderliche fraktionsinterne Abstimmung sei eine frühzeitigere Information notwendig.

Ktabg. Havermeier erinnert, dass in der Vergangenheit bereits mehrfach Resolutionen vom Kreistag verabschiedet wurden.

In der Sache sei Beratungsbedarf gesehen worden, daher habe man die Verwaltung bitten wollen, einen Entwurf zu verfassen. Sie bittet FBL Schütt um Auskunft über die Rechtsfolgen und Auswirkungen der neuen Bundesregelung.

Ktabg. Vogelpohl sieht in der Änderung ebenfalls eine weitere Belastung der Gemeinden, gegen die man sich wehren solle, nach dem Motto „Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt.“

Nach Auffassung des Ktabg. Schulze Eskinig ist die antragstellende Fraktion in der Pflicht, diesen „politischen“ Antrag zu formulieren.

Ktabg. Stauff erklärt, dass aus den umstrittenen Rentenbeitragszahlungen durch den Bund ein individueller Rentenanspruch i.H.v. 3,50 € pro Versicherungsjahr entsteht. Dies sei nicht

viel. Ihm sei wichtig zu erfahren, welche Auswirkungen mit einer Änderung durch den Bund verbunden sind. Einer Resolution ohne Daten könne nicht zugestimmt werden. Der Antragsteller möge die Daten für eine Beratung benennen.

Ktabg. Kleebaum hält eine persönliche Ansprache für erfolgversprechender als eine Resolution. Er erinnert an die gestrige Feststellung im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung, dass man von der Energie-Resolution der GRÜNEN gar nicht betroffen sei. Es könne nicht sein, dass der Kreistag sich mit Angelegenheiten befasse, die für ihn nicht bedeutsam sind oder ihn gar nicht betreffen. Angesichts eines bevorstehenden Regierungswechsels im Land NRW sei über den grundsätzlichen Umgang mit Resolutionen und Anträgen zu sprechen.

Hinsichtlich des konkreten Antrags pflichtet er den Aussagen des Ktabg. Schulze Eskinig bei.

Landrat Püning ergänzt, dass man für einen Entwurf wissen müsste, was darin stehen solle.

Ktabg. Havermeier erklärt, dass sie gehofft hatte, dass durch den Antrag der Bezug zum Kreis Coesfeld ausreichend dargestellt wurde. Mit der Bitte an die Verwaltung habe sie Aussagen zu den Auswirkungen und zum Einfluss auf die Fallzahlen der Grundsicherungsempfänger erhofft. Sie, Ktabg. Havermeier, werde gerne einen Resolutionstext verfassen.

Ktabg. Kohaus stellt klar, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lediglich einen bereits verfassten Antrag zu einem Tagesordnungspunkt gestellt hatte, und keine Resolution gewollt ist. Angesichts der kurzen Frist habe der Ausschuss die abschließende Beratung in den Kreistag „geschoben“.

Ktabg. Kleebaum hebt nochmals hervor, dass man sich angesichts des Zeitbudgets nach seiner Auffassung auf das Wesentliche beschränken müsse.

Ktabg. Vogelpohl erwidert, dass es letztlich auch unterschiedliche Auffassungen gebe, was wesentlich ist, denn man sei schließlich auch in unterschiedlichen Parteien.

Landrat Püning fasst zusammen, dass die Ktabg. Havermeier einen Vorschlag kurzfristig schriftlich einbringt.

Auf die Erinnerung der Ktabg. Havermeier nach ihrer Anfrage an FBL Schütt erklärt Landrat Püning, dass die Entscheidung des Bundes tendenziell die Rentenhöhe beeinflusst. Ob dies später auch zu höheren Grundsicherungsleistungen führe, könne nicht generell beantwortet werden. Dies sei jedenfalls nur dann der Fall, wenn jemand, der einmal SGB II-Leistungen erhalten habe, später einmal auf Grundsicherungsleistungen angewiesen sei. Ziel sei es jedoch, auch Langzeitarbeitslose in Arbeit zu vermitteln, um u.a. einen Rentenanspruch aufzubauen.

Die Sitzungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

### **Verwendung von eventuell zu erwartenden außerplanmäßigen Erträgen und Einzahlungen**

Eingangs der Beratung weist Landrat Püning auf den Verlauf der Beratung dieses Tagesordnungspunktes in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung hin. So sei lediglich der Punkt 1 des Beschlussvorschlages einvernehmlich beschlossen worden. Hinsichtlich der Punkte 2 und 3 sowie einer von der Verwaltung vorgeschlagenen Ergänzung habe noch Beratungsbedarf in den Fraktionen bestanden.

Ktabg. Havermeier stellt klar, dass der Punkt 1 nicht einvernehmlich beschlossen wurde. Es sei Kritik am Entscheidungsverfahren geäußert worden, so an der außerordentlichen Verwendung, an der außerhalb des Haushaltsverfahrens vorgesehenen Verplanung und an der nicht vorgesehenen Beteiligung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden.

Auf ihre Frage, ob das Vorgehen mit der Bezirksregierung abgestimmt ist, teilt Landrat Püning mit, dass zum Zeitpunkt der Haushaltsplanberatungen der Umfang der notwendigen Straßensanierungen nicht bekannt war. Glücklicherweise könnten durch die ausgeschütteten zusätzlichen Mittel und entsprechende Umfinanzierung im Haushalt die dringend erforderlichen Sanierungen durchgeführt werden. Der Fachausschuss habe seinerzeit die Straßen besichtigt und einvernehmlich einen unverzüglichen Sanierungsbedarf erkannt. Ohne Mehrerträge hätte der Kreistag einen entsprechenden Beschluss zur Mittelbereitstellung fassen müssen.

Angesichts der Sach- und Rechtslage und des kommunalen Selbstverwaltungsrechts sei eine Abstimmung mit der Bezirksregierung nicht erforderlich.

Für Ktabg. Lonz ist die zeitlich schwierige Abfolge klar, gleichwohl stellt er in Frage, dass das nunmehr gewählte Verfahren haushaltsrechtlich konform ist.

Ktabg. Kleebaum hält den Beschlussvorschlag hinsichtlich der vorgesehenen Straßensanierung für unabdingbar und zielgerichtet vernünftig. Gegen das Verfahren bestünden keine Bedenken. Es handele sich um eine erstmalige Ausschüttung als Ergebnis einvernehmlicher Bemühungen. Eine Beteiligung der Bürgermeister sei nicht notwendig. Bezüglich der Einplanung von Gewinnausschüttungen in künftige Haushalte blieben diese abzuwarten. In der kommenden Kreistagssitzung werde über den guten Beschlussvorschlag abschließend zu entscheiden sein.

Ktabtg. Lonz weist darauf hin, dass zwar in den Sparkassengremien Einvernehmen über die Ausschüttung bestand, aber hinsichtlich der Verbuchung und Verwendung beim Kreis Coesfeld kein Einvernehmen besteht.

Ktabg. Hesse erinnert, dass zum Zeitpunkt des Haushaltsbeschlusses weder eine Ausschüttung noch die Winterschäden bekannt gewesen sind. Dann sei es vernünftig, den zusätzlich erhaltenen Betrag als „operatives Geschäft“ für Maßnahmen mit hoher Dringlichkeit zu ver-

wenden.

Ktabg. Havermeier möchte wissen, wie die haushalterische Abwicklung der nunmehr vorgesehenen, aber im Haushaltsplan bislang nicht enthaltenen Maßnahme am Richard-von-Weizsäcker-Berufskolleg erfolgen wird.

Ktabg. Hellwig gibt unter Hinweis auf die Tischvorlage zu Bedenken, dass in der Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport kein Beschluss gefasst wurde.

Landrat Püning erklärt abschließend, dass in der heutigen Kreisausschusssitzung lediglich der Beschlussvorschlag 1 mit konsumtiven Aufwendungen und Ausgaben für die Straßensanierung zur Abstimmung stehe. Ferner habe der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung in seiner gestrigen Sitzung lediglich den Punkt 1 des Beschlussvorschlags beschlossen. Dem folgend solle heute auch nur über den Punkt 1 entschieden werden. Über die Punkte 2 und 3 und eine Ergänzung solle abschließend der Kreistag in der kommenden Woche entscheiden.

### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

Die außerplanmäßigen Mehrerträge und Mehreinzahlungen aus der Jahresüberschussbeteiligung der Sparkasse Westmünsterland bzw. hierdurch frei werdende Haushaltsmitteln aus dem Haushaltsplan 2010 sind wie folgt zu verwenden:

1. 350.000 € zur zusätzlichen Beseitigung von Winterschäden an den Kreisstraßen (konsumtiver Aufwand in der Ergebnisrechnung).

Form der Abstimmung:	offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis:	12 JA-Stimmen
	4 NEIN-Stimmen

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t  
über die 4. Sitzung des  
Kreisausschusses  
am 23.06.2010  
TOP 18 öffentlicher Teil  
SV-8-0157

**Aufhebung eines Sperrvermerks für eine Maßnahme nach dem Investitionsförderungs-  
gesetz NRW (Konjunkturpaket II)**

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

Die Umsetzung der Maßnahme Nr. 12 aus dem Katalog zum Konjunkturpaket II „Flachdachsanie-  
rung des Hauptgebäudes am Richard-von-Weizsäcker-Berufskolleg Lüdinghausen“  
wird freigegeben und der Sperrvermerk dementsprechend aufgehoben.

Form der Abstimmung:           offen per Handzeichen  
Abstimmungsergebnis:        einstimmig

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t  
über die 4. Sitzung des  
Kreisausschusses  
am 23.06.2010  
TOP 19 öffentlicher Teil  
SV-8-0225

### **3. Fortschreibung Frauenförderplan und Bericht über die Personalentwicklung**

Eingangs der Beratung dankt Landrat Püning der Gleichstellungsbeauftragten für die Erstellung des Berichts und des Frauenförderplans. Die Mitglieder des Kreisausschusses nehmen den Bericht der Gleichstellungsbeauftragten sowie den fortgeschriebenen Frauenförderplan zustimmend zur Kenntnis.

#### **Beschluss:**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Der fortgeschriebene Frauenförderplan für die Kreisverwaltung Coesfeld tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t  
über die 4. Sitzung des  
Kreisausschusses  
am 23.06.2010  
TOP 20 öffentlicher Teil  
SV-8-0228

### **Umsetzung des Konjunkturpaketes II beim Kreis Coesfeld - Änderung einer Maßnahme am Oswald-von-Nell-Breuning-Berufskolleg**

Eingangs der Beratung weist Landrat Püning darauf hin, dass der vorgesehene Einbau einer Aufzuanlage zu Gunsten der Errichtung einer Außentreppe am Südflügel in das nächste Jahr geschoben werden soll. Bei einer Untersuchung des Gebäudes sei ein Sanierungsbedarf festgestellt worden, der der Bauweise in den 1950er Jahren geschuldet sei. Über diesen Sanierungsbedarf werde nach abschließender Begutachtung noch berichtet werden.

Ktabg. Vogelpohl erinnert an die Bedeutung einer Aufzuanlage für Behinderte und hofft auf eine baldige Umsetzung auch dieser notwendigen Maßnahme.

Landrat Püning pflichtet seiner Einschätzung bei und hält die Aufzuanlage ebenfalls für wichtig. Gleichwohl seien die Mittel des Konjunkturpaketes II begrenzt.

### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

Aus dem Beschluss des Kreistages vom 07.10.2009 über die Umsetzung des Konjunkturpaketes II beim Kreis Coesfeld wird die Maßnahme Nr. 11 aus der Anlage zur Sitzungsvorlage SV-7-1409 „Einbau eines Aufzuges“ am Oswald-von-Nell-Breuning-Berufskolleg ersetzt durch die Maßnahme „Errichtung einer Außentreppe am Südflügel des Berufskollegs“.

Form der Abstimmung:           offen per Handzeichen  
Abstimmungsergebnis:        einstimmig

### **Mitteilungen des Landrats**

Landrat Püning macht folgende Mitteilungen:

#### **Ausbau von Plätzen für Kinder unter drei Jahren – Entwicklung der Betriebskosten**

„Mit der Sitzungsvorlage SV-8-0073 wurde ein Ausblick auf die Planungen zum Ausbau von Plätzen für Kinder unter drei Jahren und der hiermit verbundenen Änderungen von Gruppenstrukturen der Kindertageseinrichtungen zum Kindergartenjahr 2013/14 vorgestellt. Unter Punkt IV. „Auswirkungen/Zusammenhänge (Finanzen, Personal, IT, sonstige Ressourcen)“ enthielt die Sitzungsvorlage auch Angaben zur möglichen Entwicklung der Betriebskosten durch den Ausbau von Plätzen für Kinder unter drei Jahren bis 2013/14. Diese Angaben wurden inzwischen überprüft und unter Berücksichtigung der mit dem Kindergartenbedarfsplan 2010/11 beschlossenen Entwicklungen aktualisiert.

Für das am 01.08.2010 beginnende Kindergartenjahr 2010/11 wird von Gesamtbetriebskosten (ohne Förderung Familienzentren und Sprachförderung) von rd. 29 Mio. EUR ausgegangen. Hiervon werden rd. 36 % durch das Land Nordrhein-Westfalen und 11 % von den Trägern (bzw. bei entsprechenden vertraglichen Regelungen von den Städten und Gemeinden) finanziert. Das Kreisjugendamt wird demnach rd. 53 % (rd. 15,3 Mio. EUR) der Betriebskosten aufbringen. Dieser Ausgabe stehen voraussichtliche Einnahmen aus Elternbeiträgen in Höhe von 4,5 Mio. EUR (15,5 % der Betriebskosten) gegenüber.

Bei Beibehaltung der bisherigen Finanzierungsstrukturen und Annahme der Gruppenstrukturen aus den Darstellungen der SV-8-0073 ist nach den Berechnungen der Verwaltung bis zum Kindergartenjahr 2013/14 eine Steigerung der Betriebskosten auf 34,2 Mio. EUR zu erwarten, von denen 18,1 Mio. EUR vom Kreis Coesfeld zu finanzieren wären.

Eine Steigerung des Elternbeitragsaufkommens wird dagegen angesichts rückläufiger Platz- und Kinderzahlen trotz weiterer Plätze für Kinder unter zwei Jahren, für die ein höherer Elternbeitrag zu zahlen ist, nicht erwartet.

In den Berechnungen zur Entwicklung der Betriebskosten bis 2013/14 sind mit Annahmen zur Entwicklung der Kinderzahlen, zum Bedarf an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren, zum Betreuungsumfang (25, 35 und 45 Stunden), zur Entwicklung der KiBiz-Pauschalen und der Mietkosten diverse Unwägbarkeiten enthalten. Die obigen Kostenschätzungen für 2013/14 können daher nur als erste Orientierungsgröße angesehen werden und werden von der Verwaltung laufend überprüft und aktualisiert. Hierüber wird im Zusammenhang mit den Ausbauplanungen bzgl. der Plätze für Kinder unter drei Jahren weiter berichtet werden.“

## **Abberufung / Bestellung der Gleichstellungsbeauftragten**

„Frau Elisabeth Gerdes nimmt seit 1999 die Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten der Kreisverwaltung Coesfeld wahr. Mit Blick auf diesen langen Zeitraum hat Sie mich darum gebeten, sie von dieser Aufgabe zu entbinden und in eine andere Abteilung der Verwaltung umzusetzen.

Ich beabsichtige, diesem Wunsch nachzukommen und werde Frau Gerdes mit Wirkung vom 01.07.2010 in das Rechnungsprüfungsamt umsetzen. Die Bestellung zur Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes erfolgt durch einen gesonderten Beschluss des Kreistags in seiner Sitzung am 30.06.2010.

Mit Wirkung vom 01.07.2010 wird Frau Heike Wichmann die Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten übernehmen. Frau Wichmann wird zu diesem Zeitpunkt aus Ihrer Beurlaubung zurückkehren und nach einer vorübergehenden unterhäftigen Beschäftigung ab dem 01.09.2010 mit halber Stelle die Interessen der Gleichstellung vertreten.

Darüber hinaus wurde zwischenzeitlich auch die seit Anfang 2010 vakante Position der stellvertretenden Gleichstellungsbeauftragten neu besetzt. Diese Aufgaben nimmt seit dem 01.04.2010 Frau Anke Schulz wahr.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um Frau Gerdes für ihre geleistete Arbeit als Gleichstellungsbeauftragte zu danken. Gleichzeitig wünsche ich Frau Wichmann und Frau Schulz viel Erfolg bei ihren neuen Aufgaben.“